



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Kurt Luttenberger

Dienstag, 14. Oktober 2014

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am 16. Oktober 2014

An Herrn Stadtrat Mag. (FH) **Mario Eustacchio**

Betrifft: **Gutachten der Stadt Graz zum Verkehrsaufkommen Steinbergstraße**

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Seit Jahren versuchen besorgte Grazer Bürgerinnen und Bürger, in Bürgerinitiativen organisiert, ihre Sorgen, z.B. gegen ausufernden Straßenverkehr oder planlose Baumaßnahmen, mit allen demokratischen Mitteln (Stichwort: Blockademaßnahme Steinbergstraße) zu artikulieren.

Dass dies ernst genommen wird, zeigte beispielsweise ein dringlicher Antrag im Grazer Gemeinderat (gestellt am 20. März 2014) für eine Tonnagebeschränkung auf der Steinbergstraße, der mit großer Mehrheit angenommen wurde.

Fakt bleibt, dass im Falle einer Errichtung der Baurestmassendeponie Thal bei Graz die dazu erforderlichen Anlieferungen per LKW über das z. T. an die Kapazitätsgrenze belastete Straßennetz der Stadt Graz (inkl. der im Stadtgebiet betroffenen Landesstraßen) geschehen werden. „Nadelöhr“ bleibt die filigrane Steinbergstraße, die aber – als definierte Landesstraße – in den Aufgabenbereich des Landes Steiermark fällt. Ein erstes vom Land Steiermark beauftragtes Gutachten sieht leider diese Problematik nicht so und meint, salopp gesprochen, dass dies alles kein Problem sei und die Steinbergstraße auch für künftige, verstärkte Schwertransporte „gut und sicher“ sei. Dies muss jedoch weiterhin stark angezweifelt werden.

Frage:

Sind Sie bereit, baldigst ein eigenes Gutachten der Stadt Graz in Auftrag zu geben, in dem u. a. der genaue „Ist-Zustand“ und das künftige Szenario des Verkehrsaufkommens der betroffenen Grazer Straßenbereiche evaluiert werden, und eine eingehende Analyse angeboten wird?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Mag.^a **Uli Taberhofer**

Dienstag, 14. Oktober 2014

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am 16. Oktober 2014

An Frau Bgm.-Stellvertr.ⁱⁿ Stadträtin Dr.ⁱⁿ Martina Schröck

Betrifft: Mögliche Ausweitung des Angebotes SeniorInnenturnen

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin Stadträtin Dr.ⁱⁿ Martina Schröck!

Das über das SeniorInnenreferat der Stadt Graz angebotene SeniorInnenturnen wird so gut angenommen, dass an dem wöchentlichen Kurs ca. 50 Personen teilnehmen. Da bleibt für Bewegung nicht sehr viel Platz. Im Interesse der älteren Menschen in unserer Stadt wäre somit ein weiteres Angebot wünschenswert.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Sind Sie bereit, aufgrund des erhöhten Bedarfs ein zusätzliches Kursangebot „SeniorInnenturnen“ einzurichten?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin DI Christine Braunersreuther

Dienstag, 14. Oktober 2014

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am 16. Oktober 2014

An Frau Stadträtin Lisa Rücker

Betrifft: **Freier Eintritt in Grazer Museen**

Sehr geehrte Frau Stadträtin,

in den jüngst abgeschlossenen Gesprächsrunden zum und im Kunsthaus Graz war die Kernfrage: Wie können die BesucherInnenzahlen erhöht werden?

In einem Antrag von 4. Juli 2013 habe ich diese Frage bereits beantwortet: Freier Eintritt in Museen hat in Ländern wie Großbritannien, wo dies flächendeckend praktiziert wird, zur massiven Erhöhung der BesucherInnenzahlen bis hin zur Verdoppelung geführt, ohne dass dafür zusätzliche Kosten entstanden sind. Im Gegenteil wurden durch Spendengelder oft sogar die Einnahmen erhöht. In meinem damaligen Antrag hatte ich darum gebeten, aus diesem Grund die städtischen und der Stadt unterstellten Museen von der Erhebung von Eintrittsgeldern zu befreien und dass sich die Stadt Graz als größter Standort und Mitfinanzierer des Landesmuseum Joanneum (incl. Kunsthaus) in einer Petition an das Land Steiermark wendet, um dies zu bewerkstelligen.

Am 18. September habe ich die Beantwortung dieses Antrags erhalten. Darin wurde darauf hingewiesen, dass das GrazMuseum hinsichtlich des kostenlosen Zugangs von Schulklassen und Kindergartengruppen die Forderung voll inhaltlich erfülle (das Kindermuseum wurde nicht erwähnt). Das ist jedoch nicht richtig. Es erfüllt zwar die aufgrund eines dringlichen Antrags der SPÖ beschlossene Erleichterung für Kindergärten und Schulklassen, jedoch längst nicht meine Forderung nach freiem Eintritt für ALLE Menschen.

Bezüglich des Landesmuseums wurde mir mitgeteilt, dass mein Antrag den jeweiligen Geschäftsführungen kommuniziert werde und es sich dabei um eine Grundsatzfrage handle, die über die EigentümerInnen und GmbH-Organen zu beschließen sei. Leider habe ich bisher keine Auskunft über das Ergebnis dieser Kommunikation erhalten.

Aus aktuellem Anlass richte ich daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, folgende

Frage

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass sämtliche in Graz ansässigen Museen von Eintrittsgeldern befreit werden und dass die dafür nötige Kommunikation mit den zuständigen städtischen Stellen sowie dem Land Steiermark geführt wird?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Klubobfrau **Ina Bergmann**

Donnerstag, 16. 10. 2014

Anfrage

an Herrn Bürgermeister Mag. **Siegfried Nagl**

Betrifft: **Parkscheinplicht für Rettungsautos**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl!

Nach einer Entscheidung des Landesverwaltungsgerichtes Steiermark, wonach auch für den Rettungsdienst eine Parkscheinplicht besteht und Strafen für unrechtmäßiges Parken in den Blauen und Grünen Zonen gerechtfertigt sind, wenn die Rettungsautos nicht unmittelbar im Rahmen einer Einsatzfahrt geparkt werden, ist unter den RettungsfahrerInnen große Unsicherheit entstanden.

Problematisch ist die so geschaffene Rechtslage insofern, als Kontrollorgane im konkreten Fall ja gar nicht in der Lage sind, vor Ort festzustellen, unter welchem Titel ein Rettungsfahrzeug gerade geparkt wurde. So könnte sich die Situation ergeben, dass Rettungskräfte in jedem Fall einen Parkschein lösen müssen, nur, um der Verhängung einer Parkstrafe zu entgehen.

Das würde bedeuten, dass Rettungskräfte sich bei einem dringenden Einsatz, wo jede Minute kostbar ist, auch noch um das Lösen von Parkscheinen kümmern müssen. Andererseits dienen viele Besprechungen der Vorbereitung von Einsätzen. Auch in diesen Fällen sieht man seitens des Roten Kreuzes die Rechtsentscheidung des Landesverwaltungsgerichtes als bedenklich an.

Deshalb richte ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage

Sind Sie bereit, sich dafür stark zu machen, dass die Parkscheinplicht für Rettungseinsatzkräfte, die ihre Rettungsfahrzeuge in der Grünen und Blauen Zone in Graz abstellen müssen, rückgängig gemacht wird?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin DI Christine Braunersreuther

Donnerstag, 16. Oktober 2014

Anfrage

Betrifft: **Waldkindergarten**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Waldkindergärten erhöhen nachhaltig die Sensibilität von Kindern im Umgang mit der Natur, und der Aufenthalt an der frischen Luft stärkt das Immunsystem, sodass es zu weniger Erkältungskrankheiten kommt. Das sind die Gründe, weshalb sich der Grazer Waldkindergarten bei Eltern wie bei Kindern bereits jetzt hoher Beliebtheit erfreut.

Leider ist der Grazer Waldkindergarten derzeit jedoch privat organisiert und muss finanziell von den Eltern getragen werden, obwohl die Betreiber es befürworten würden, ihr Angebot auszuweiten und an das städtische Tarifmodell angeschlossen zu werden. Das ist jedoch bisher nicht möglich, weil dies mit den Gebäudevorschriften für Kindergärten des Landes Steiermark nicht vereinbar ist. In anderen österreichischen Bundesländern, etwa Salzburg und Oberösterreich, konnten diese Vorschriften jedoch so angepasst werden, dass dort, wie vielerorts in der ganzen Welt, Waldkindergärten von öffentlicher Hand betrieben werden können.

Daher richte ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie folgende

Anfrage

Sind Sie bereit, sich beim Land Steiermark dafür einzusetzen, dass der Grazer Waldkindergarten offiziell anerkannt wird und damit in das städtische Tarifmodell eingegliedert werden kann, um damit auch positive Voraussetzungen für die Eröffnung zukünftiger Freiluft-Kindergärten zu schaffen?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat **Manfred Eber**

Donnerstag, 16. Oktober 2014

Anfrage

an Herrn Bürgermeister Mag. **Siegfried Nagl**

Betrifft: **Busspur St.-Peter-Hauptstraße**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Busspur in der St.-Peter-Hauptstraße (stadteinwärts) ist derzeit von 6 bis 9 Uhr befristet eingerichtet. Es besteht nunmehr der Wunsch von zahlreichen BewohnerInnen, diese Befristung auf 20.00 Uhr auszudehnen. Ein Grund dafür ist unter anderem die Sicherheit der RadfahrerInnen, die die Busspur dann ganztägig mitbenützen könnten.

Deshalb stelle ich nun an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass die Befristung der Busspur in der St.-Peter-Hauptstraße von 6 auf 20 Uhr ausgedehnt wird?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 16. Oktober 2014

Anfrage

Betrifft: **Militärmusik Steiermark muss erhalten bleiben!**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Die Militärmusik Steiermark wurde 1956 offiziell gegründet und hat musikalisch gesehen seit der Gründung einen sehr großen Bildungsauftrag zu erfüllen. Für viele Musiker ist die Militärmusik der Einstieg in eine Profikarriere. Sie ist außerdem Kaderschmiede für die steirischen Musikvereine.

Künftig soll es die Militärmusik in der Steiermark jedoch nicht mehr geben: Die Militärmusikkapellen sollen im Rahmen des Strukturpaketes für das Bundesheer, das von Verteidigungsminister Gerald Klug (SPÖ) präsentiert wurde, von neun auf vier reduziert werden, die Steiermark würde somit nicht mehr dazugehören. Vertreter der Blasmusik in der Steiermark und tausende MusikerInnen sind über das angekündigte Aus entsetzt und sprechen von einem schweren Schlag gegen die Blasmusik.

Etwa 1.500 Musiker spielten in den vergangenen Jahren bei der Militärmusik Steiermark; viele von ihnen wurden Berufsmusiker, Musikprofessoren oder Dirigenten. Von der musikalischen Ausbildungsmöglichkeit der Militärmusik profitierten vor allem die Blasmusikkapellen des steirischen Blasmusikverbandes.

Mit der Auflösung der Militärmusik Steiermark würde unser Bundesland einen weiteren hochqualifizierten Klangkörper verlieren, nachdem in den letzten Jahren bereits die steirische Zollwachmusik, die Justizwachmusik und die Gendarmeriemusik wegrationalisiert wurden. Der Verlust der Militärmusik wäre besonders für die Landeshauptstadt Graz sehr schmerzhaft, ist die Militärmusik Steiermark doch auch ein großer Werbeträger für die Landeshauptstadt.

Ich stelle deshalb namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister folgende

Anfrage

Sind Sie bereit, sich gegenüber dem Verteidigungsministerium für den Erhalt der steirischen Militärmusik einzusetzen?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Mag.^a **Uli Taberhofer**

Donnerstag, 16. 10. 2014

Anfrage

an Herrn Bürgermeister Mag. **Siegfried Nagl**

Betrifft: **Prüfung der Einrichtung einer Bushaltestelle vor der Peter Rosegger-Schule**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl!

Viele Schulkinder der Peter-Rosegger-Schule sind darauf angewiesen, mit dem öffentlichen Verkehr zu ihrer Schule zu kommen. Sie nützen die Busse und müssen dann jedoch auf teilweise stark frequentierten Straßen zu Fuß dorthin gehen. Besorgte Eltern traten deshalb mit der Bitte an mich heran, aus Sicherheitsgründen für die Schulkinder eine Bushaltestelle direkt vor der Peter Rosegger-Schule einzurichten.

Namens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister folgende

Anfrage

Sind Sie bereit, die zuständigen Stellen zu kontaktieren, um die Einrichtung einer Bushaltestelle direkt vor der Peter Rosegger-Schule prüfen zu lassen?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Mag.^a **Uli Taberhofer**

Donnerstag, 16. 10. 2014

Anfrage

an Herrn Bürgermeister Mag. **Siegfried Nagl**

Betrifft: **Kontaktaufnahme mit VertreterInnen der ÖBB, um die Einrichtung einer „sozialen Wärmestube“ am Grazer Hauptbahnhof zu ermöglichen**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl!

Bereits im Vorjahr wies ich in einem Antrag darauf hin, dass sich die Schließung der Bahnhofsmision am Grazer Hauptbahnhof in den 90er Jahren als schwerer Fehler erwiesen hat. Es zeigt sich vor allem zu dieser Jahreszeit verstärkt, dass der Bedarf an einer kostenlosen sozialen Anlaufstelle in Bahnhofsnähe sehr groß ist. Menschen mit unterschiedlichen Problemlagen benötigen ein niederschwelliges Hilfsangebot, das eine Ruhezone und eine Rückzugsmöglichkeit ohne Konsum- und Beratungszwang sicherstellt. Ein unterstützendes Gespräch, eine warme Mahlzeit, die Wäsche waschen, sich duschen oder gratis die Toiletten benutzen zu können, das sind nur einige Beispiele, um die Notwendigkeit der Einrichtung einer „sozialen Wärmestube“ zu verdeutlichen.

Namens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister folgende

Anfrage

Sind Sie bereit, die zuständigen Stellen der ÖBB zu kontaktieren, um die Möglichkeiten zur Einrichtung einer „sozialen Wärmestube“ als niederschwelliges Hilfsangebot am Grazer Hauptbahnhof erneut zu prüfen?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Mag.^a **Uli Taberhofer**

Donnerstag, 16. 10. 2014

Anfrage

an Herrn Bürgermeister Mag. **Siegfried Nagl**

Betrifft: **Anbringung einer Zusatztafel am Denkmal zu den Februarkämpfen 1934 vor dem Grazer Hauptbahnhof**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl!

Vor einiger Zeit brachte ich eine Initiative im Gemeinderat ein, dass die Aufstellung des Denkmals zu den Februarkämpfen 1934 auch nach dem Bahnhofsumbau vor Ort wieder gewährleistet sein muss. Diesem Ersuchen wurde zwar entsprochen, aber leider fehlt nach wie vor ein wichtiges Detail, nämlich eine Zusatztafel am Denkmal, die an den Widerstand gegen den Austrofaschismus im Februar 1934 erinnert und das Mahnmal überhaupt als solches erkennbar macht.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage

Sind Sie bereit, die zuständigen Stellen zu kontaktieren, damit möglichst schnell wieder eine Zusatztafel am Denkmal vor dem Grazer Hauptbahnhof angebracht wird, mit dem Hinweis, dass es an den Widerstand gegen den Austrofaschismus im Februar 1934 erinnert?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat **Mag. Andreas Fabisch**

Donnerstag, 16. Oktober 2014

Antrag

Betrifft: **Busstation Keplerbrücke (Wickenburggasse): Mehr Sicherheit für Buspassagiere und Radfahrer/innen**

Die Kreuzung der Bushaltestelle Keplerbrücke (in der Wickenburggasse) mit dem Radweg ist in dieser Form keine sehr gelungene, was die Sicherheit v. a. der ein- und aussteigenden Fahrgäste betrifft. Hier kommt es täglich zu gefährlichen Situationen, da die abwärts Richtung Mur fahrenden Radbenützer/innen auch während des Ein- und Aussteigens der Buspassagiere diese Stelle meist mit ungebremster Geschwindigkeit frequentieren.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die Stadt Graz beauftragt die betreffenden Stellen, an besagter Haltestelle die Sicherheit aller beteiligten Personen, v. a. der Fahrgäste, zu erhöhen.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 16. Oktober 2014

Antrag

Betrifft: Bezirk Eggenberg: Kernstockwarte umbenennen!

Es ist einfach unglaublich, aber leider noch immer wahr: Zahlreiche Grazer Straßennamen und Sehenswürdigkeiten erinnern noch immer an Anhänger des Nazi-Faschismus. Sehr viele „Persönlichkeiten“ waren bekennende Nazis, manche sogar schon vor 1938 Mitglieder der NSDAP“.

Deshalb hat man sich im Grazer Gemeinderat zu Jahresbeginn darauf geeinigt, eine HistorikerInnenkommission einzurichten, die die historische Belastung von Straßennamen in Graz untersucht.

Ob Straßen und Plätze umbenannt oder aber mit erklärenden Zusatztafeln ausgestattet werden, ist eine Frage der politischen Mehrheitsfindung im Gemeinderat. Außer Streit sollte aber stehen, dass es nicht bleiben kann, wie es ist. Nicht nur Straßen und Plätze sind es aber, die nach Nazis und ihren Wegbereitern benannt sind, sondern etwa auch die Kernstockwarte im XIV. Grazer Bezirk, die den Namen des Autors des Hakenkreuzliedes trägt. So beschloss erst in seiner letzten Bezirkssitzung auch der Eggenberger Bezirksrat, die Stadtverwaltung zu einer Umbenennung der Warte zu veranlassen. Dieser Beschluss ist ein wichtiges Signal!

Ich stelle deshalb namens des KPÖ–Graz Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die Verantwortlichen des Magistrates Graz werden ersucht, zusammen mit der HistorikerInnenkommission die Umbenennung der Kernstockwarte in Graz Eggenberg zu veranlassen.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Klubobfrau Ina Bergmann

Donnerstag, 16. Oktober 2014

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Grundstücksankauf Kirchnerkaserne durch die Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH

In wenigen Monaten soll die Kirchnerkaserne im Bezirk Jakomini aufgelöst werden. Es ist zu erwarten, dass der Bund das Areal nach der Schließung der Kaserne zum Verkauf freigeben wird, wie dies bereits bei der Hummelkaserne oder beim Fliegerhorst Nittner in Kalsdorf geschehen ist. Auf dem Areal der ehemaligen Hummelkaserne entstehen nach Ankauf durch die Stadt Graz derzeit rund 80 Gemeindewohnungen. Ein neues Pflegewohnheim der Stadt Graz wurde dort bereits eröffnet.

Die Kirchnerkaserne liegt in einem gut erschlossenen Gebiet und ist mit den öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar. Mit dem Erwerb dieses Grundstückes hätte die Stadt Graz die Chance, dort Projekte zu verwirklichen, die im Interesse einer sozialen und ökologischen Stadtentwicklung liegen.

Deshalb sollten seitens der zuständigen Stellen der Stadt Graz alle Anstrengungen unternommen werden, um dieses Grundstück zu erwerben.

Für die künftige Nutzung kämen vor allem Grünraum, Angebote für Sport und Kultur, Gartenprojekte, Raumangebote für sozial- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, aber auch Gemeindewohnungen infrage. Die Nutzung des Areals sollte auf jeden Fall gemeinsam mit der örtlichen Bevölkerung festgelegt werden.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

In Abstimmung mit dem zuständigen Liegenschaftsreferenten wird die Abteilung für Immobilien aufgefordert, mit den zuständigen Stellen beim Bund Gespräche aufzunehmen, um abzuklären, ob das Areal der Kirchnerkaserne nach seiner Schließung zum Verkauf steht. Wenn ja, sollen Informationen über Zeitpunkt und Bedingungen des beabsichtigten Verkaufs eingeholt werden, damit die Stadt Graz möglichst bald Verhandlungen über den Ankauf des Grundstückes der ehemaligen Kirchnerkaserne aufnehmen kann.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. Robert Krotzer

Donnerstag, 16. Oktober 2014

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: **Einführung einer Vermögenssteuer**

Reichtum in Österreich

Das gesellschaftliche Vermögen in Österreich ist extrem ungleich verteilt: Wie von einer Studie der Linzer Johannes-Kepler-Universität im Jahr 2013 nachgewiesen, besitzt das reichste ein Prozent der ÖsterreicherInnen Vermögenswerte in der Höhe von 469 Milliarden Euro. Angeführt wird die Liste der reichsten ÖsterreicherInnen von der Familie Porsche und Piëch, deren Vermögen vom Wirtschaftsmagazin *trend* auf 44,8 Milliarden Euro geschätzt wird. Dieses eine Prozent bezieht ein Drittel seines jährlichen Gesamteinkommens aus Vermögenseinkommen in Form von Zinsen oder Dividenden, also weitgehend leistungslosen und gering besteuerten Einkünften.

In Summe besitzt das oberste eine Prozent in diesem Land ganze 37 Prozent des gesellschaftlichen Gesamtvermögens und damit mehr als die 90-prozentige Bevölkerungsmehrheit, die gerade einmal 32 Prozent des Gesamtvermögens besitzt.

Dabei ist das gesellschaftliche Vermögen heute so groß wie nie zuvor. Nie gab es mehr Reichtum! Das Problem ist allerdings, dass es derart ungleich verteilt ist: Eine Minderheit besitzt den Großteil des Vermögens, wodurch die Mehrheit relativ geringe Einkommen erzielt und der Staat sich verschulden muss. Würden Einkommen und Vermögen anders verteilt, könnten öffentliche wie private Schuldenprobleme deutlich reduziert werden. Es ist demnach nicht die Mehrheit der Bevölkerung, sondern die reiche Elite, die über den Verhältnissen der Gesellschaft lebt. Das wirft die Frage auf, ob wir uns eine derartige Konzentration des Reichtums noch leisten können und wollen.

Steuerliche Schieflage

Die Vermögensverteilung ist nämlich nicht die einzige Schieflage in Österreich: Während Arbeit sehr hoch besteuert ist, sind Vermögen kaum besteuert. Vermögensbezogene Steuern machten laut OECD im Jahr 2012 gerade einmal 0,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und 1,3 Prozent

des gesamten Steueraufkommens aus. Damit gehört Österreich auch im internationalen Vergleich zu den Schlusslichtern. Im OECD-Durchschnitt beträgt der Anteil vermögensbezogener Steuern 5,4 Prozent des gesamten Steueraufkommens, in den USA sind es gar 12,1 Prozent. Die steuerliche Bevorzugung der Vermögenden in Österreich führt einerseits dazu, dass die Arbeitseinkommen einen immer größeren Teil der Steuerlast tragen müssen, andererseits die öffentlichen Kassen immer größere Lücken aufweisen.

Finanzieller Beitrag der Vermögenden

Die breite Mehrheit der ÖsterreicherInnen spürt die Auswirkungen dieser verfehlten Lobby-Politik Monat für Monat dadurch, dass immer mehr immer weniger zur Verfügung haben, aber auch in der Stadt Graz erleben wir, dass es nicht einfacher wird, notwendige Investitionen und Ausgaben im Interesse der Bevölkerung zu tätigen. Nur eine entsprechende finanzielle Beteiligung der Vermögenden kann zur Entlastung öffentlicher wie privater Haushalte beitragen. Einer entsprechenden Studie der Linzer Johannes-Kepler-Universität zufolge, würde eine gestaffelte Vermögenssteuer, die ab einem Besitz von einer Million Euro zu entrichten wäre, bis zu 6,9 Milliarden Euro einbringen:

Vermögenssteuer Aufkommensschätzungen (auf Basis der öst. Vermögensverteilung inkl. Korrektur bei den Reichsten) – verschiedene progressive Modelle	Geschätztes Steueraufkommen	Geschätztes Steueraufkommen mit hypothetischen „Ausweicheffekten“
Modell - Freibetrag: 1 Million Euro <i>Steuersatz:</i> 1-2 Millionen: 0,3% > 2 Millionen: 0,7%	3,3 Mrd. Euro	2,6 Mrd. Euro
Modell - Freibetrag: 700.000 Euro <i>Steuersatz:</i> 700.000-2 Mil.: 0,5% 2-3 Millionen: 1% > 3 Millionen: 1,5%	7,0 Mrd. Euro	5,4 Mrd. Euro
Modell - Freibetrag: 1 Million Euro <i>Steuersatz:</i> 1-2 Millionen: 0,7% 2-3 Millionen: 1% > 3 Millionen: 1,5%	6,9 Mrd. Euro	5,3 Mrd. Euro

(http://ooe.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/verteilungsgerechtigkeit/steuern/Vermögenssteuer_bringt_Milliarden.html)

Fakten statt Mythen

Dem häufig genannten Argument, eine Vermögensbesteuerung würde den Mittelstand belasten, fehlt bei einem Freibetrag von einer Million Euro jegliche Grundlage. Die große Masse der österreichischen Bevölkerung wäre von einer solchen Vermögenssteuer nicht betroffen. Je nach Modell sind dabei lediglich fünf bis acht Prozent der reichsten Haushalte betroffen. Das wäre ein mehr als vertretbarer Beitrag der Reichen, der zu einer gerechteren Verteilung führen würde.

Im angeführten Modell sind auch bereits mögliche „Ausweicheffekte“ durch die Verschiebung von Vermögen berücksichtigt. Dazu gilt es gleichzeitig festzuhalten, dass ein großer Teil der

Vermögen immobil sind, Grundstücke und Immobilien können gar nicht, Stiftungsvermögen nur um einen extrem hohen Preis ins Ausland übersiedelt werden. Zusätzlich lässt sich aus oben genannten Statistiken ablesen, dass es in der Mehrzahl der OECD-Staaten ohnehin eine höhere Vermögensbesteuerung gibt. Verbleibende Steuerschlupflöcher können mit entsprechendem politischen Willen in Form von Abkommen mit sogenannten „Steuerroasen“ gestopft werden.

Reicher Mann und armer Mann standen da und sahn sich an.

Und der Arme sagte bleich: »Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich«. (Bertolt Brecht)

Wer über Reichtum spricht, muss daher auch über Armut sprechen. Gerade im unteren Drittel unserer Gesellschaft haben die angeführten Zahlen enorme Auswirkungen auf das Leben der Menschen: Über eine Million ÖsterreicherInnen gelten als akut arm oder armutsgefährdet, unter ihnen 130.000 Kinder und Jugendliche. Armut bedeutet in Österreich, dass im siebtreichsten Land der Erde hunderttausende Menschen finanzielle Not leiden, unerwartete Ausgaben nicht tätigen können oder kaum Möglichkeiten haben, sich neue Kleidung zu kaufen. Bereits im vergangenen Winter konnten 313.000 ÖsterreicherInnen ihre Wohnung nicht angemessen heizen, für dieses Jahr ist nicht zuletzt aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit ein weiterer Negativrekord bei der Energiearmut zu erwarten. Zusätzlich führen die mit Armut verbundenen Belastungen zur Beeinträchtigung der physischen und psychischen Gesundheit vieler Menschen sowie zu sozialer Ausgrenzung.

Umsteuern jetzt!

In den vergangenen Jahren wurden in Österreich Milliarden für die Rettung maroder Banken oder für den Ankauf untauglichen Kriegsgeräts ausgegeben, die Zeche dafür haben stets die arbeitenden Menschen, die Jugend und die armen Bevölkerungsschichten getragen. Wichtige Zukunftsinvestitionen in den Bereichen Bildung, sozialem Wohnbau und Forschung oder bei der Schaffung von Arbeitsplätzen sind unterblieben, während dringend notwendige soziale Leistungen für Familien, Studierende, PensionistInnen und viele mehr gekürzt oder seit Jahren nicht der Inflation angepasst wurden. Stets wurde dabei auf leere Staatskassen verwiesen. Mit der Einführung einer Vermögenssteuer kann hier endlich gegengesteuert werden und sowohl zu einer Entlastung der öffentlichen Haushalte wie auch der Bevölkerungsmehrheit beigetragen werden.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gem. § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Die Stadt Graz fordert den Bundesgesetzgeber auf, folgende Maßnahmen zu treffen:

- 1) Prüfung oben genannte Modelle einer Vermögenssteuer und Einführung einer gestaffelten Vermögenssteuer auf hohe Privatvermögen ab einer Million Euro netto.**
- 2) Rasche Umsetzung einer Steuerreform mit einer spürbaren Lohnsteuersenkung, gegenfinanziert aus den Einnahmen einer Vermögenssteuer.**
- 3) Einführung einer reformierten Erbschafts- und Schenkungssteuer mit einem hohen Freibetrag, der sicherstellt, dass im Laufe eines ArbeitnehmerInnen-Lebens Erspartes steuerfrei weitervererbt werden kann.**
- 4) Verstärkter Einsatz auf EU-Ebene zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer.**